

mitte drin

Ausgabe 01 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Schritt für Schritt zur solidarischen Stadt

Am Ende des Jahres schaut man oft zurück und sinniert über das was war und das was kommt. Wir können sagen, das Jahr 2018 war für uns ein sehr bewegtes, intensives und auch erfolgreiches Jahr. Wir haben viele neue Mitglieder hinzugewonnen, darauf können wir alle stolz sein.

Bei zahlreichen Veranstaltungen, Basiskonferenzen und themenspezifischen Ratschlägen haben wir den Austausch zwischen unserer Basis, den vielen stadtpolitischen Initiativen, der Fraktion und Regierung gefördert. In den knapp zwei Jahren rot-rot-grüner Koalition haben wir unsere linke Handschrift in der Regierung deutlich gemacht. Uns ist es gelungen, in wichtigen Bereichen entscheidende Weichen zu stellen, die nicht so schnell zurückgedreht werden können: Gute Arbeit ist uns eine Herzensangelegenheit, deshalb haben wir sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst und den landeseigenen Unternehmen ausgeschlossen. Die Unternehmenstöchter, vor allem der Charité und von Vivantes, die schlechte Löhne zahlen,

holen wir zurück. Grundschullehrer*innen werden bei der Bezahlung mit Lehrkräften an den weiterführenden Schulen gleichgestellt, alle Kitajahre sind kostenlos, das Schülerticket und Mittagessen in den Grundschulen werden kostenlos. Zudem stärken wir die Bürgerbeteiligung und investieren massiv in die öffentliche Infrastruktur, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir sind auf dem richtigen Weg, klar ist aber auch, es gibt noch viele Baustellen und wir wollen mehr. Wir wollen Armut stärker bekämpfen, die Verkehrswende stärker vorantreiben und dem Mietenwahnsinn in unserer Stadt Einhalt gebieten. Wir streiten dafür, dass Berlin bezahlbar und lebenswert bleibt. Dass diese Stadt offen, tolerant und vielfältig bleibt. Dass alle Menschen ohne Angst hier leben können, ohne Angst vor sozialer Verunsicherung und ohne Angst vor Verdrängung aus ihren Kiezen. Immobilien sowie Grund und Boden sind längst zu Spekulationsobjekten geworden. Diesem skrupellosen Profitstreben auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter erteilen wir eine klare Absage und wollen



Katina Schubert, Landesvorsitzende der Berliner Linken

dem einen Riegel vorschieben. DIE LINKE. Berlin unterstützt deshalb das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und wird sich auch aktiv in die Arbeit des Bündnisses

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Auch ein schlechter Ruf muss hart erarbeitet werden

Dem Immobilienkonzern Deutsche Wohnen AG – Eigentümer von über 100 000 Mietwohnungen allein in Berlin – ist das gelungen. Und wie läuft nun das „harte Erarbeiten“? Carola Bluhm über die Mietpolitik des Konzerns und die Dividenden seiner Aktionäre.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

BVV Mitte wählte Ramona Reiser (LINKE) zur Stadträtin

Am 2. Januar hat die 33-Jährige den Dienst in ihrem neuen Amt angetreten. Da wartet ein Päckchen Arbeit auf die Stadträtin für Jugend und Bürgerdienste. Kein Neuland für sie. Seit 2016 gehört sie der BVV an, ist u.a. Vorsitzende des Sportausschusses.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Vonovia-Mieter im Wedding bekamen unerwarteten Besuch

Zwei Frauen und drei Männer von der LINKE. vermittelten ihnen Hilfe und Rechtsberatung. Die war ihnen sehr willkommen. Vermieter Vonovia hatte ihnen erst auf öffentlichen Druck eine Notheizung in Gang gesetzt. Bis dahin mussten sie netto – kalt leben.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Zu Rosa und Karl

An die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE – nehmt an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teil!

Sonntag, 13. Januar 2019, 09 – 13 Uhr

Berlin, Gedenkstätte der Sozialisten (Gudrunstraße 20, 10365 Berlin)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Ramona Reiser zur Stadträtin gewählt, Integrationspreis verliehen

Am 20. Dezember gab es in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte viel Programm

Gleich nach der einzigen Einwohneranfrage wurde auf den Vorschlag der Linksfraktion hin Ramona Reiser zur neuen Bezirksstadträtin für Jugend und Bürgerdienste gewählt. Sie erhielt 34 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

Sie nahm am 02. Januar 2019 ihren Dienst auf. Die 33-jährige wurde in Villingen geboren und gehört der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte seit 2016 an. Die studierte Theaterwissenschaftlerin (Abschluss Master of Arts, FU Berlin) ist seitdem im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Bildung und Kultur, Mitglied des BVV-Vorstandes und sitzt dem Sportausschuss vor. Sie ist jugend- und sportpolitische Sprecherin der Fraktion. Bisher arbeitete sie in der Bundesgeschäftsstelle der Bahnverkehrsmission.

Nach der Wahl wurde der Integrationspreis der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte verliehen. Er ging an „Frauenzukunft e.V.“ und den Verein „Omas Garten“. Danach ging es weiter mit der thematischen Arbeit der BVV. Die BVV beschloss den Antrag der Linksfraktion



zu Hygienekontrollen, in dem das Bezirksamt ersucht wird, sich gegenüber dem Berliner Senat für eine Bundesratsinitiative einzusetzen, die die Einführung von „Smileys“ oder ähnlichen Formen von Transparenz nach Lebensmittel- bzw. Hygienekontrollen in Restaurants, Hotels, Verkaufsstellen für Lebensmittel usw. ermöglicht.

In den Jahren 2017 und 2018 (bis Ende September) hat das Bezirksamt Mitte 10.409 Hygienekontrollen bzw. Betriebskontrollen durchgeführt. Dabei gab es in 5.017 Fällen, also bei jeder zweiten Kontrolle, Beanstandungen. In 1.056 Fällen musste eine gebührenpflichtige Nachkontrolle durchgeführt werden.

Umso wichtiger ist es, dass über die Ergebnisse dieser Kontrollen auch Transparenz besteht, um seriös arbeitende Unternehmen zu schützen, den Verbraucherschutz zu gewährleisten und gegen Schlamperei und schwarze Schafe auf diesem Gebiet vorzugehen.

Andreas Böttger

Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV Berlin-Mitte

Alle Anträge, Anfragen und Initiativen der Linksfraktion Berlin-Mitte finden sich auf www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden an jedem **Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Bildung und Gemeinschaft sind die Gewinner des Integrationspreises 2018

In der Dezembersitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte wurde, wie jedes Jahr, der Integrationspreis verliehen, der mit 2000 € dotiert ist.

Die beiden Gewinner-Organisationen könnten dieses Mal unterschiedlicher nicht sein: Zum einen ist da Frauenzukunft e.V..

Bei diesem Träger geht es um etwas sehr Substanzielles: Es geht um Bildung.

Frauenzukunft e.V. ist Anlaufpunkt für Frauen mit Migrations- und/ oder Fluchterfahrung. Hier werden sie auf das Nachholen von Schulabschlüssen vorbereitet, erhalten ein vielfältiges Angebot an Beratung und werden in Alphabetisierungskurse vermittelt.

Die Arbeit von Frauenzukunft e.V. ist sehr wichtig und leistet eine Arbeit, die der Bezirk und die Politik nicht leisten: Peer-to-Peer-

Arbeit, also die Arbeit von Menschen miteinander, die Ähnliches erlebt haben und u.a. mit ihrer Erfahrung helfen können.

Zum anderen erhält auch der Verein Omas Garten e.V. den Integrationspreis 2018.

Omas Garten e.V. richtet sich an Kinder und ihre Familien aus dem Brunnenviertel in Gesundbrunnen. Viele Familien mit Migrationserfahrung und Familien mit einem geringen Einkommen leben hier. Das Konzept baut mit der eigenen Kita auf Gemeinschaft und Fürsorge auf. Die Kinder erhalten hier nicht nur eine frühe Erziehung in Sachen gesunder Ernährung durch den eigenen Gemüsegarten und das täglich frisch gekochte Essen, sondern auch die Eltern werden aktiv, zum Beispiel durch das Lerncafé, mit einbezogen. Gemeinsam wachsen und lernen, das steht



Anerkennung für hohes Engagement

hier im Mittelpunkt. Beide Initiativen verdienen den Integrationspreis mit ihrer tollen und wichtigen Arbeit.

Wir als Linksfraktion können sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Auswahlprozesses sein, an dem wir aktiv beteiligt waren. Frauenzukunft e.V. und Omas Garten e.V. stehen stellvertretend für tolle Initiativen im Bezirk, die es sich lohnt, zu unterstützen.

Fabian Koleckar

KEIN RAUM – Begegnung mit obdachlosen Menschen

Jeder in Berlin kennt den Anblick obdachloser Menschen auf den Straßen. Die Fotografin Debora Ruppert will mit ihren Bildern auf diese Menschen aufmerksam machen. Mit ihren Portraits zeigt sie auf eine würdevolle Art und Weise die Gesichter der Straße.

In Deutschland ist in den letzten Jahren die Zahl obdachloser Menschen dramatisch angestiegen. Nach Schätzungen der Wohnungslosenhilfe gibt es in der Bundesrepublik ca. 1,2 Millionen Menschen, die keine Wohnung haben. Sie sind in Wohnheimen untergebracht oder schlafen bei Freunden und Bekannten. In Berlin sind über 40.000 Menschen wohnungslos. Nach Schätzungen sind davon 8.000 – 10.000 obdachlos. Sie schlafen in Parks, unter Brücken oder in Hauseingängen. Ruppert sucht diese Menschen auf. Die Fotografin begibt sich in eine Parallelwelt, die sich direkt vor unserer Haustür befindet. Ihre einfühlsamen Schwarz-Weiß-Aufnahmen sind nie voyeuristisch. Sie lassen etwas von



der einzigartigen Würde erahnen, die jeder Mensch besitzt. Die Ausstellung ist noch bis zum 29. Januar in der Galerie im Rathaus

Mitte (Karl-Marx-Allee 21, U-Bahnhof Schillingstraße) zu sehen. Der Eintritt ist frei.

T.U.



Fortsetzung von Seite 1: Schritt für Schritt zur solidarischen Stadt

einbringen. Die stadtgesellschaftliche Auseinandersetzung um einen grundlegenden Richtungswechsel in der Mieten- und Wohnungspolitik wird einer der Hauptschwerpunkte unserer Arbeit im nächsten Jahr. Der Kampf um die Rekommunalisierung der Wohnungen in der Karl-Marx-Allee zeigt: Wir brauchen dabei einen langen Atem, aber es lohnt sich. Ein weiteres Leitmotiv für 2019 ist die Frage: Wie können wir den sozialen Zusammenhalt organisieren und stärken? Wie können wir die Kämpfe verschiedener Gruppen für gute Arbeitsbedingungen zusammenführen? Unser Ziel bleibt es, die Lebensbedingungen aller Menschen in unserer Stadt spürbar zu verbessern. Die Herausforderungen der

wachsenden Stadt enden nicht am S-Bahn Ring. Die Frage nach einer guten Gesundheitsversorgung, nach einem zuverlässigen und bezahlbaren Nahverkehr, nach kulturellen Angeboten betreffen alle Berlinerinnen und Berliner gleichermaßen.

Die große „unteilbar“-Demonstration im Oktober mit über 240.000 Teilnehmer*innen hat gezeigt, wofür unsere Stadt steht: Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt. Das wollen wir auch im Wahlkampf für die Europawahl offensiv und selbstbewusst zeigen. Berlin ist längst die gelebte europäische Integration. Wir stehen für ein solidarisches Europa, ein menschliches Europa und stemmen uns mit aller Kraft gegen den rechten Zeitgeist. Der

Berliner Landesverband hat in den letzten Jahren gezeigt, wie gut er Wahlkampf kann. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir alle zusammen erfolgreich für ein gutes Ergebnis bei der Europawahl kämpfen werden.

Mit euch zusammen haben wir viel erlebt und viel erreicht. Deshalb blicken wir voller Optimismus auf 2019. Und auch für 2019 gilt: Politik findet nicht nur im Parlament statt. Wir werden uns auch im neuen Jahr an vielen Aktionen beteiligen, auf die Straße gehen und das Gespräch und den Austausch mit den vielen stadtpolitischen Initiativen und Menschen suchen. Mit ihnen zusammen können wir etwas bewegen. Ich freue mich darauf.

Katina Schubert

Neugestaltetes Weddinger Rathausumfeld übergeben

Mit zwei Jahren Verspätung wurde das neue Rathausumfeld zwischen Müllerstraße und Genter Straße Ende letzten Jahres eingeweiht – einschließlich einer Gedenkstele für die Widerstandskämpfer*innen Elise und Otto Hampel. Die Stele war im Juli 2018 aufgestellt worden.

Eigentlich hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Jahre 2014 beschlossen, den Rathausvorplatz „Elise-und-Otto-Hampel-Platz“ zu nennen. Das Ehepaar Hampel hatte

einem Antrag gedrängt worden war. Obwohl Anwohner, Stadtteilvertretung und auch die BVV klar für eine Neubenennung votierten, argumentierte jetzt auch die BIM, das würde „eine Adressänderung für das Jobcenter“ bedeuten, für dessen Besucher die Orientierung nicht erschwert werden solle – denn die würden die Müllerstraße 147 leichter finden. Dem steht allerdings entgegen, dass es gerade in der Müllerstraße eine zweite Arbeitsagentur gibt, die von Besuchern mit der Müllerstr.147



Wider dem Vergessen!

während des Faschismus in der Umgebung ihrer Weddinger Wohnung handbeschriftete Postkarten verteilt, in denen sie zum Widerstand gegen das Nazi-Regime aufriefen. Das Ehepaar wurde schließlich beim Auslegen der Karten beobachtet, denunziert und 1943 in Plötzensee hingerichtet. Hans Fallada widmete ihnen seinen weltberühmten Roman „Jeder stirbt für sich allein“. Trotz langer Diskussionen wurde der Rathausvorplatz nicht nach den Widerstandskämpfern benannt. Der Fußgängerweg am Rathaus heißt jedoch seit Februar Elise-und-Otto-Hampel-Weg.

Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) wollte keine Platzbenennung, stellte dann aber schließlich auf Bitten des Bezirksamtes einen Benennungsantrag. Der BIM gehören der Rathaustrum (das heutige Jobcenter) und dessen Vorplatz. Doch das Straßen- und Grünflächenamt (SGA), dessen Chefin Stadträtin Weißler (Grüne) ist, hatte die Benennung abgelehnt. Eine Platzbenennung würde die Hausnummern der Müllerstraße unterbrechen und diene nicht der eindeutigen Orientierung, teilte das SGA der BIM mit – also der Firma und Platzeigentümerin, die immer gegen eine Benennung und vom Bezirk zu

verwechselt werden könnte, so dass Termine verpasst werden, was bei der vorhandenen Bereitschaft zu Leistungskürzungen fatale Folgen haben kann.

Insgesamt zeigt sich eine bürokratische, geschichtsvergessene Haltung, wo es doch gerade angesichts der gegenwärtigen Entwicklung zum Rechtsextremismus an der Zeit wäre, auch die stillen Helden des Widerstands zu würdigen. **Rainer Scholz**

Zur jahrelangen Auseinandersetzung um eine Würdigung für die beiden Widerstandskämpfer*innen Elise und Otto Hampel siehe auch die für die Stadtteilvertretung mensch. müller erstellte Doku „Chronologie eines Wortbruchs“.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Kurznachrichten

➤ Wege zur Arbeit werden immer länger

In der Bundesrepublik haben elf Millionen Berufstätige mehr als 60 Minuten für den Hin- und Rückweg zur Arbeit. Das waren 27 Prozent aller Beschäftigten. Zwei Drittel benutzten dazu das Auto. Die Pendler fühlen oft gestörtes persönliches Wohlbefinden, sie reagieren schneller aggressive und sind häufiger krank.

➤ Altersarmut offenbar mit hoher Dunkelziffer

Seit 2007 hat sich die Zahl der Rentner verdoppelt, die nicht von ihrer Rente leben können. Über 500 000 Personen erhalten staatliche Zusatzleistungen. Aber viele Rentner und Menschen mit niedrigem Einkommen nehmen ihre Ansprüche nicht wahr – aus Scham, aus Stolz oder aus Unwissenheit, sagen die Sozialverbände. Vor allen die Ostdeutschen fühlen sich nicht ausreichend gesichert. Das ermittelte Infratest dimap in einer Umfrage für die ARD.

➤ Mehr als 2 Milliarden Überstunden 2017

Genau 2,127 Arbeitsstunden waren es in dem Jahr. Davon wurde nur die Hälfte vergütet. Eine Milliarde blieb unbezahlt, so die Mitteilung der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN. Die Zahl der geleisteten Überstunden war übrigens elf Prozent höher als im Jahr davor.

➤ Berlin ist wieder mal Spitze – diesmal bei Neuvertragskaltmieten

Bei diesen Mieten halten wir die Spitzenposition. Zum Vergleich: der Anstieg (in Prozent) erfolgte zwischen 2016 und 2017 in Hamburg um 4,1 / Köln 4,6 / München 5,9 / Stuttgart 7,3 / Berlin 8,4!



BÜRGERBÜRO BLUHM - SEIDEL - WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 17-18 Uhr: 10.1./24.1./14.2./28.2./14.3.

Bei anderen gelesen

► Verspernte Wege

Angela Merkel würde der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer gern schon vor der Wahl 2021 den Aufstieg in die Regierungszentrale ermöglichen. Doch das ist schwieriger als gedacht. Wer meint, die Grünen würden automatisch Jamaika machen, verkennt die Realität. Es gibt für Kramp-Karrenbauer keinen leichten Ausweg aus der Situation.

„Der Spiegel“, Nr. 51 vom 15.12.2018

► Lebensmittel statt Waffen

Fast täglich erhalten wir „Bittbriefe“ von Hilfsorganisationen zur Rettung von hungernden, verdurstenden und schwerkranken Kindern in Afrika, arabischen Ländern, in Südamerika. Statt dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente dorthin zu schicken, exportiert die Bundesregierung Waffen, die Leid und Tod bringen.

– Damian Schittko, Lesermeinung in

„RotFuchs“, Dezember 2018

► Mythos Fachkräftemangel

Mit dem „Fachkräftezuwanderungs-Gesetz“ löst die Bundesregierung ein Problem, das es eigentlich nicht gibt. Sie schafft es aber so, den Personalmangel im Niedriglohnbereich anzugehen und ihre Migrationspolitik zu rechtfertigen.

– Moderne Staatskunst eben. Hohe Staatskunst liegt u.a. darin, indem man ein Problem schafft, das man einfach leugnet. Denn der von Politik, Lobbyverbänden und manchen Medien beschworene Fachkräftemangel ist ein Mythos, zumindest in der verbreiteten und pauschalisierten Form. Und die geplante Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt wird keine Probleme lösen, sehr wohl aber welche schaffen.

„Cicero“, 15.12.2018

► Neuwahlen 2019?

Die Wende kam mit der Euro-Krise. Nachdem 2011 ein Mitgliederentscheid in der FDP gegen die Euro-Rettungspolitik knapp die Mehrheit verfehlte, versagten bei der Abstimmung über das Griechenland-Paket 60 Unions-Abgeordnete der Kanzlerin die Gefolgschaft. Damit eröffnete sich das Gelegenheitsfenster für eine neue Partei rechts von der Union, die in der Folge auch in der Wirtschafts-, Familien- und Zuwanderungs-Politik konservative Positionen (wieder)besetzte. Die AfD trägt dazu bei, dass die Union ihre strategische Mehrheitsfähigkeit im Parteiensystem behält und gegen sie nicht regiert werden kann. Die Klärung der Führungsfrage hat maßgebliche Bedeutung für den Fortbestand der mühsam geschmiedeten Koalition mit den Sozialdemokraten. Wenn diese scheitert und es bereits im kommenden Jahr zu Neuwahlen kommt, dürften auf die noch Volkspartei CDU schwere Zeiten zukommen.

„Der Freitag“, Dezember 2018-12-21

Menschen in Mitte

Verantwortlich für Strategien, Konzepte und Kampagnen des REFO-Konvents: Tobias Horrer

Tobias Horrer gilt als einer der aktivsten Mitschöpfer und Mitgestalter des REFO-Konvents auf dem Campus der Reformationskirche Moabit.

„Vor über neun Jahren gehörte ich zu der kleinen Gemeinschaft mutiger und enthusiastischer Leute, die in das leere, vom Abriss bedrohte Gotteshaus in der Wiciefstraße neues Leben, neuen Geist tragen wollten“, denkt der 39-jährige Diplom-Sozialarbeiter und Theologe heute zurück.

Hochzeiten genutzt. „Wir wollen dazu beitragen, Leute zusammenzubringen, zivilgesellschaftliche Bewegungen zu stärken wie die große ‚Unteilbar‘-Demo in Berlin.“ Tobias Horrer sieht es so: „Die Demokratie ist eingeschlafen, wir müssen Wege finden, um Demokratie aktiv zu leben.“

Tobias war in dem baden-württembergischen Städtchen Holzgerlingen zusammen mit vier Geschwistern in einer christlichen Familie aufgewachsen. Gleich nach dem Abitur war er Praktikant in der Berliner Stadtmission, unter-



Einheit in Vielfalt auf dem Campus: Senator Klaus Lederer, Tobias Horrer und Steve Rauhut (von li. nach re.)

Der erste Schritt nach der Übergabe des Campus durch die Evangelische Kirche an den Konvent an der Reformationskirche waren umfangreiche Bau- und Sanierungsarbeiten. „Dafür suchten wir dringend Helfer. Ich konnte sogar meine Eltern und Freunde aus Baden-Württemberg gewinnen“. 2017 war dann die feierliche Einweihung, die neugotische, 1907 erbaute dreischiffige Hallenkirche saniert, die Kita „Schatzinsel Moabit“ und das Theater X eröffnet, das Wohnhaus bezogen. „Wir haben neue Formen der Spiritualität geschaffen“, erklärt der christliche Sozialarbeiter. „Gemeinschaftlich wollen wir eine Gegenrealität zu Diskriminierungen jeder Art leben mit der Hoffnung auf eine Welt in Frieden – ohne Rassismus, Sexismus und Antisemitismus. Unsere Idee ist Einheit in Vielfalt.“

Der Campus ist zu einem Begegnungsort, einem Treffpunkt sehr unterschiedlicher Partner aller Religionen und Weltanschauungen geworden. Der Kirchensaal wird neben den Gottesdiensten für Konzerte, Konferenzen oder

stützte Wohnungslose. Ab 2004 studierte er vier Jahre lang an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin-Karlshorst, ließ sich parallel im Fernstudium zum Theologen ausbilden.

Die inzwischen 35-köpfige Gruppe des REFO-Konvents wurde wesentlich von Steve Rauhut, dem Spitzenkandidaten der DIE LINKE von Mitte bei der Bundestagswahl, mitgeprägt. Tobias ist dort verantwortlich für Strategien, Konzepte und Kampagnen. „Ein so großes Projekt als Gemeinschaft zu entwickeln, ist eine gewaltige Herausforderung“, betont er. „Im Januar kommen wir zu unserer schon traditionellen Klausur in Kloster Lehnin zusammen, um unsere basisdemokratischen Strukturen weiter zu entwickeln und Aufgaben und Vorhaben zu beraten.“ Darüber hinaus arbeitet er noch in einer Teilstelle bei der Stadtmission. „Ich begleite sieben Jugendliche in einer Wohngruppe für minderjährige Flüchtlinge.“ Seine Anstrengungen innerhalb und außerhalb des REFO-Konvents sind für ihn zur Lebensaufgabe geworden.

Matthias Herold

Fußgänger wie ich

Manchmal verfinstert Einsicht die Welt. Das begabte Kind sagt in Woody Allens Frühfilm „Annie Hall“ („Der Stadtneurotiker“) zum Arzt, Lernen sei überflüssig, das Universum expandiere.

Das Universum ist deine Sache nicht! schreit die Mutter. Brooklyn wird nie expandieren. Wiedergesehen im „Arsenal“ am Potsdamer Platz. Brooklyn und Berlin sind seit 1977 expandiert. Der Potsdamer Platz stagniert. Nach Ladenschluss wird's schnell menschenleer, das verhindern weder Büros, Bus und Bahnhof, an- und abreisende Kauf- und Laufkunden, Kino, Showbusiness, Touristenschmaus, noch Universum, Smart City, wachsende Stadt, künstliche Intelligenz, Digitalisierung oder Hotels.

Die Mall wird umgebaut, doch für Großstadtflair braucht's exzentrische Stadtmenschen, Gaffer aus nah und fern, Flaneure, Nachbarn, sogar Taschendiebe, und eine spezielle Infrastruktur. Engmaschige Cafés, Restaurants, Bars, Tingeltangel, auch Sehnsucht, man sieht, wird gesehen, vervielfacht in der Spiegelkraft der Schaufenster. Das ist Spaß, die Realität heißt Machtwortspiele, Leerstand, Raumknappheit, Bauvorhaben, Anti-Leerstands-Parolen ohne Visionen. Berlins

Widersprüche blockieren. Zukunftsträchtig wird in der Oranienburger Straße gebaut, das Haus 46/47 verfällt. Geredet wird von Personalangel und behördlicher Unfähigkeit, Bauarbeiter verschwinden bei „aufliegender Schwarzarbeit“, Straßenlaternen leuchten, doch Parks, Straßen, Plätze, Bahnsteige gruseln im Dunkeln. Ich mag, dass „Spätis“ spätnachts den Rosenthaler Platz beleuchten, Kundschaft die Gegend belebt. Am Wochenende sind Touristen das Zubrot der Metropole. Doch dieses Stadtleben endet einige Straßenbahnstationen Richtung Ahrensfelde. Kaum Bewohner, keine Touristen, niemand flaniert vor Wohnriegeln, Punkt-Hochhäusern, Kastenbauten, Supermärkten, Freiflächen, parkenden Autos.

Dort lebt es sich anders als in meiner Mitte der klassischen Straßen, Bürgersteige, der unterschiedlichsten Menschen, die drängen, schlendern, rennen, in viele Sprachen sprechen, nachmittags im Café frühstücken, wenn sie nachts arbeiten. Es gibt Blickkontakt, Lächeln, Bewegung, Kino, Theater, auch Natur, Lärm und Dreck. Vertraut ist der Gegensatz der Lebensweisen, das unterschiedliche Timing, sich ändernde Gewohnheiten, sind Grenzfälle, ist Mode - derzeit schwarze Socken,



Hoch lebe das Fahrrad in der Stadt!

weiße Sneaker, keine Socken, Stiefelchen, Flatter- und Röhrenhosen. Man speist bio-exotisch, genießt Döner, Pizza, Coffee-to-go und einen Schwatz am Rande. Urban ist Kiezleben auch für Fußgänger wie mich.

Irene Runge

Ein Stück Gerechtigkeit nach 80 Jahren

Nach 80 Jahren wird endlich an die Geschichte des Hauses in der Wallstraße 16 erinnert, welches heute der Europäischen Organisation für Kernforschung gehört. Am 26. Oktober wurde eine Gedenktafel für die jüdischen Unternehmer Jakob Berglas und Jakob Intrator enthüllt, die das Gebäude in den 1920-er Jahren erworben hatten.

Nachdem der Textilfabrikant Berglas und sein Onkel Intrator aufgrund der antisemitischen NS-Gesetze immer mehr unter wirtschaftlichen Druck gerieten, wurde das Gebäude 1938 entschädigungslos zwangsversteigert und von der Firma Heim & Gerken erworben, deren Inhaber in der NSDAP waren und ab Kriegsbeginn Zwangsarbeiter ausbeuteten. Als Mieter zog der Fahnenproduzent Gustav Geitel ein, dessen Firma Geitel & Co. u. a. für die Beflaggung während der olympischen Spiele 1936 sorgte. Einen besonderen Coup landete Geitel & Co., als 1941 die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“ in Kraft trat. Die gelben Davidsterne, die fortan alle Juden über sechs Jahren gut sichtbar

an ihrer Kleidung tragen mussten, wurden in der Wallstraße 16 hergestellt – fast eine Million Stück innerhalb weniger Tage. Nachdem das NS-Regime die jüdischen Bürger ihres Besitzes beraubt hatte, schloss es sie auch optisch aus der deutschen Bevölkerung aus, bevor es schließlich zu ihrer physischen Vernichtung schritt.

Jakob Berglas war unterdessen nach China emigriert und zog später in die USA, wo er 1963 starb. Jakob Intrator und seiner Frau Rachel gelang 1941 die Flucht nach Spanien, von wo sie 1943 nach New York gelangten. Einen Tag nach seiner Ankunft erlag Jakob Intrator den Entbehrungen der Flucht. Dem Hakenkreuzflaggen- und „Judenstern“-Fabrikanten Gustav Geitel erging es inzwischen wie so vielen Profiteuren des NS-Regimes – er führte sein Geschäft nach Kriegsende unbehelligt fort. Unter dem Namen „BEST“ ist es heute noch immer im Familieneigentum und stellt u. a. die Flaggen für den Bundestag her.

Jakob Intrators Enkelin, die New Yorker Psychiaterin Joanne Intrator, kämpfte in den 1990-er Jahren jahrelang mit den deutschen



Behörden und den Erben von Heim & Gerken, um die Anerkennung ihres Großvaters als Opfer der Arisierung und eine Entschädigung zu erreichen. Der Prozess endete in einem Vergleich. Sie machte es sich zur Lebensaufgabe, an die Verbrechen der Arisierung zu erinnern, und organisierte eine vielbeachtete Wanderausstellung zum Thema. Am 26. Oktober war Joanne Intrator bei der Einweihung der Gedenktafel zugegen, als wenigstens ein symbolisches Stück Gerechtigkeit für die Opfer der Arisierung umgesetzt wurde.

Markus Wollina

Ein Präzedenzfall – vielleicht

Es hat Wellen geschlagen und das zu Recht. Als die Deutsche Wohnen AG ab Oktober 2018 insgesamt rund 900 Wohnungen in der Karl-Marx-Allee (nahe Weberwiese) kaufte, regte sich sehr schnell großer Widerstand. Nicht nur bei den betroffenen Mieter*innen, auch in der Politik. Der Immobilienkonzern, dem mehr als 100.000 Wohnungen in Berlin gehören, hat hart für seinen schlechten Ruf gearbeitet, vor allem durch eine aggressive Politik der Mietsteigerung und Verdrängung und obszön hohe Ausschüttungen an Aktionäre auf Kosten der Mieter*innen.

Der rot-rot-grüne Senat hat seit seinem Bestehen versucht, alle Möglichkeiten auszuloten und im Zweifelsfall neue Möglichkeiten zu schaffen, um die Privatisierung von Immobilien einzuschränken und zugleich Verlorenes zu rekommunalisieren.

Offensichtlich hatte die Deutsche Wohnen mit so viel Gegenwind auf der Straße, im Parlament und in der Koalition nicht gerechnet und signalisierte Entgegenkommen, was die Umwandlung der Wohnungen in Eigentumswohnungen anbelangt, bei der ein Großteil der Mieter*innen außen vor geblieben wäre, weil sie ihr Vorkaufsrecht aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten gar nicht hätten nutzen können. Auch was die Absicht betraf, die Wohnungen gewinnbringend weiterzuveräußern, ruderte das Unternehmen zurück. Das heißt aber nicht, dass der Konzern seine aggressive Unternehmensstrategie ändert.

Wir haben das Vorkaufsrecht für Gebäude im Milieuschutzbereich geprüft, um Wohnungen zugunsten von kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften zu erwerben, was durch einen erheblichen Zeitdruck erschwert wird. Uns geht es in erster Linie darum, die Mieterinnen und Mieter aus der Gefahrenzone zu bekommen. 81 Wohnungen, die in einem

Koalition über den besten Weg, die Deutsche Wohnen in ihrem Gebaren endlich zu stoppen, viel gestritten, weil wir hier auch Neuland betreten. Wir waren und sind uns aber einig, dass es einen Weg geben muss und dass wir ihn gehen werden, wenn er gefunden ist. Das wird nicht preiswert und schon gar nicht einfach, aber wir wollen es! Für mich



Mieterprotest auf Berlins Straßen

Foto: www.dtenteignen.de

Milieuschutzgebiet liegen, sind gesichert, hier hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sein Vorkaufsrecht nutzen können.

Es ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses nicht möglich, zu schreiben: Wir haben es geschafft, alle Mieter*innen aus der Gefahrenzone zu bekommen. Aber eines kann gesagt werden: Wir haben uns in der

ist dies einer der wichtigsten Erfolge des vergangenen Jahres. Wir wollen, dass die Stadt wieder den Menschen gehört, die in ihr leben, und nicht zum Spekulationsobjekt verkommt. Ich bin optimistisch, dass wir da in diesem Jahr ein großes Stück weiterkommen werden.

Carola Bluhm

Brauchen wir eine europäische Arbeiterkammer?

In der EU können Beschäftigte seit langem ihren Arbeitsort frei wählen. Trotzdem widmen sich Maßnahmen zur Verbesserung des europäischen Binnenmarktes, wenn überhaupt, nur selten den Belangen der Beschäftigten. Das führt zu Ausbeutung und Sozialdumping. In vielen Ländern gibt es keine gewerkschaftlichen Strukturen, um sich dem entgegen zu stemmen oder sie wurden im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise stark geschwächt.

Zwar gibt es Initiativen wie z.B. Arbeit und Leben e.V., die sich bemühen, von Ausbeutung Betroffene zu beraten und Rechtsbeistand zu leisten. Jedoch gibt es solche Initiativen nicht in jedem Land und sie haben auch nicht die Mittel, flächendeckend Unterstützung zu leisten.

Zuletzt hat sich die EU darum bemüht, die behördliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern bei z.B. Scheinentsendung zu erleichtern und deshalb soll es ab 2019 eine neue europäische Arbeitsbehörde geben. Die Bedürfnisse der Beschäftigten werden von ihr aber nur indirekt wahrgenommen. Darum haben sie gegenüber Unternehmen immer noch klare Nachteile beim Zugang zu Informationen über ihre Rechte im EU-Ausland. Unternehmen können sich zur Beratung an ihre Handelskammer wenden, im Gegensatz dazu fehlen Arbeitnehmer*innen oft die Ansprechpartner vor Ort.

Darum sollten wir uns fragen, ob wir auch eine europäische Arbeiterkammer brauchen, um unsere Rechte als Arbeitnehmer*innen in der EU zu verteidigen. Die Idee einer Arbeiterkammer ist nicht neu, in Österreich gibt

es sie bereits seit langem. Auch in Bremen und dem Saarland gibt es ähnliche Einrichtungen. Wie in Österreich könnte die Rolle der europäischen Arbeiterkammer darin bestehen, die Interessen der Beschäftigten zu schützen, ihnen in rechtlichen Fragen zur Seite zu stehen und auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.

Die europäische Arbeiterkammer könnte auch komplementär zu Gewerkschaften als Anlauf- und Informationsstelle im EU-Binnenmarkt dienen und als „Think Tank“ die politische Interessenvertretung in Brüssel unterstützen. Unternehmen machen sich die EU schon lange zu Nutze, oft zum Nachteil der Beschäftigten. Es wäre doch an der Zeit, dass wir dem auch solidarische Einrichtungen wie eine Arbeiterkammer gegenüberstellen.

BO Brüssel

Das ist das Letzte

Drei Erfolgsmeldungen krönten das Jahresende im Berliner Zentrum: „Neuer Schatz auf der Museumsinsel!“ / „Abschied im Stasi-Museum!“ / „LINKE will Enteignung - wie aus dem Lenin-Museum“ Was war gemeint?

Die Museumsinsel ist eine Schatzkiste der Weltkulturen: Die „Nofretete“, der „Pergamon-Altar“, das Bode-Museum. Das lockt Besucher aus aller Welt. Drum wurde 9 Jahre an einem neuen „Kassenhäuschen“ gebaut. Kosten: 134 Millionen Euro, Größe: 4.600 Quadratmeter, Entwurf: Stararchitekt Chipperfield. Strittig die Kosten, die Spaghetti-Kolonaden und die Palasttreppe. Egal, Kunst verlangt Opfer!

In Frankreich will Macron „viele unter dubiosen Umständen erbeutete“ Kunstschätze an die Ursprungsländer zurückgeben. Aber solche Demut wäre teuer und „undeutsch“. Deutsche Kaiser haben nie geklaut!

Ein Herr Knabe, einst Direktor der Gedenkstätte „Stasi-Knast“, wurde im September 2018 vom Stiftungsrat entlassen, weil sein Stellvertreter einige Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte sexuell belästigt hatte, ohne, dass Knabe dies konsequent unterband. Nach seiner Klage beim Landgericht kam es zum Vergleich, mit dem er seine Absetzung abnickte.

Um den Mietwucher zu stoppen, beschloss der Landesparteitag der LINKE, das Volksbegehren zur Enteignung von Wohnungskonzernen zu unterstützen. Das Grundgesetz gestattet dies, wenn es das Gemeinwohl verlangt, aber mit Entschädigung der Besitzer. Das kann teuer werden. Doch noch teurer ist der Mietwucher! Und Berlin ist eine Mieterstadt. Daher (Siehe Karl-Marx-Allee): „Friede den Hütten - Krieg den Palästen!“

Mit einer Anhebung der Mindestlöhne von jetzt 9,19 € auf über 12,- € wäre die Armut reduziert. Finanzchef Scholz hält dies für nötig und möglich. Doch aus dem „Kassenhäuschen“ der Regierung kommen statt drei Euro mehr nur 16 Cent ab 2020. Armes Vaterland!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 27.12.2018

Ausgabetag für Nr. 02/2019 - 07.02.2019

Haustürgespräche im Advent – Abenteuer im Alltag

In diesen Tagen in eine kalte Wohnung zurückzukehren, das wünscht sich wohl niemand. Die Bewohner von drei Häusern in der Wollankstraße im Wedding mit Vonovia als Vermieter mussten viele Tage frieren. Zhana Jung und Steve Rauhut von den Linken setzten dieser Kälte ein vorläufiges Ende – die Notheizung wurde nach einigen Gesprächen mit Vonovia funktionsfähig gemacht.

Am 9.12. begab sich dann ein kleiner, buntgemischter Club von zwei Frauen und drei Männern zwischen Mitte 20 und 75 Jahren in die Häuser, um nachzuhaken und Informationen über Hilfen und Rechtsberatungen zu bringen. Wir wurden freundlich und offen empfangen, auch von vorher skeptischen Menschen. Ein älterer Herr, der sich in gebrochenem Deutsch bemühte, mit uns zu sprechen, befürchtete durch die Notheizung eine höhere Stromrechnung. Diese Sorge teilten uns auch andere Mitbewohner mit. Wir konnten, wie schon bei anderen Mieterfragen, z.B. nach einer Mietminderung, auf die unentgeltliche Mietrechtsberatung verweisen und die Kontaktdaten von Zhana und Steve mitgeben. Der Mann bedankte sich per Handschlag und wollte die Infoblätter zusammen mit seiner Tochter durchgehen.

Wie nach fast allen Haustürgesprächen traten wir voller Enthusiasmus wieder auf die Straße. Die besuchten Menschen bekommen Informationen und haben das Gefühl „hier

interessiert sich jemand für unsere Sorgen“. Für uns ist es herausfordernd, ja ein Abenteuer, in kurzer Zeit an der Wohnungstür einen persönlichen Kontakt herzustellen. Es heißt, kreativ zu sein und spontan zu reagieren, wenn wir direkt mit den Menschen ins Gespräch kommen.

Abschließend eine Bitte: Da das Mietrecht für alle Nichtprofis kompliziert ist und es auf das genaue Verstehen ankommt, sollten unsere Broschüren, z.B. das schöne „Notfall-Handbuch Modernisierung“, in andere Sprachen übersetzt werden (Türkisch, Arabisch).

Barbara Herzig-Martens

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem **ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- zum 96. Dora Scholze
- zum 93. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- zum 92. Horst Kniestedt, Helmut Schindler
- zum 90. Ingeborg Jacobeit
- zum 89. Johanna Kayser
- zum 88. Dietrich Ehrentreich, Magda Schlieffe, Edith Spitzer
- zum 87. Ingeborg Teubner
- zum 85. Werner Binus, Dieter Giersch, Karl Rabe
- zum 84. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- zum 83. Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachau
- zum 82. Doris Barth, Helga Sobisiak
- zum 81. Günter Grunow, Lidia Schewtschenko
- zum 80. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister
- zum 75. Annemarie Stötzel
- zum 70. Brigitte Mensah-Attoth